

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliches Redaktionsbüro  
Druck: A. Perle & Co. Druck-  
u. Verlagsanstalt m. b. H. G.  
Rosa, Erzgebirge - Bismarck  
Kriegsbau- u. Anzeiger-  
Anstalt - Leipzig

Bestpreis: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abnehmbar monatlich 4.10 Mk. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Erscheint täglich in den Sonntagsnummern mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Preis für Zeitungsabnehmer und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Abgabepostens Poststelle oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwanberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamapoststelle für Aue und den Bezirk Schwanberg 100 Pfg., sonst 120 Pfg. Bei größeren Abstellungen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm. für Fehler im Satz kann keine Haftung übernommen werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

No. 179

Donnerstag, den 5. August 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

In der Reichsgetreidebestelle besteht die Absicht falls die Erntergerichte den Schätzungen entsprechen, die Quotation von 1900 auf 2000 Gramm zu erhöhen.

Der Volkswirtschaftsausschuss des Reichs hat sich mit 16 gegen 12 Stimmen für die unverzügliche Aufhebung der Kartellzwangswirtschaft ausgesprochen.

Die politische Regierung soll nach einer Vermittlung nicht bereit sein, mit den Bolschewiken über einen Frieden zu verhandeln, wenn Frankreich und England nicht an diesen Verhandlungen teilnehmen.

Die Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrages, die gestern stattfinden sollte, ist auf den 7. August verschoben worden.

Der internationale Gewerkschaftsbund beabsichtigt, im Laufe des November einen außerordentlichen Kongress einzuuberufen, der wahrscheinlich in Brüssel abgehalten werden soll.

## Zusammenbruch des Zittauer Generalstreiks.

Aus der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Der von Unabhängigen und Sozialisten gegen den Willen der Mehrheit der Zittauer Arbeiterschaft leichtfertig und ohne jeden Grund vom Baune gebrochene Streik ist, wie vorausgesehen war, schnell zusammengebrochen. Die Streik- und Ausschreitungen sind bereits am Montag ihr freventliches Spiel verloren und deshalb telegraphierte der Unabhängige Grenzpol an die Regierung, daß die Forderungen, die an sich ja schon undiskutierbar waren, noch verschärft werden seien. Die Regierung sah keinen Anlaß, den Streik zu beachten oder gar zu beantworten. Sie konnte auch die telegraphischen Differenzen von Vertretern der Bevölkerung und der Behörden unbeantwortet lassen, weil sie bereits in der Nacht zum Montag der Landesbehördenpolizei und der Reichswehr in vollem Einvernehmen mit den vermittelnden Instanzen den Auftrag gegeben hatte, den gefährlichsten Zustand ohne Blutvergießen wieder herbeizuführen und für Ruhe und Sicherheit, Schutz des Lebens und Eigentums der Bewohner zu sorgen. Die getroffenen Maßnahmen mußten daher mit größtmöglicher Rastlosigkeit und ohne jede Beeinträchtigung durch Nutzenstehende durchgeführt werden.

Die Regierung hatte es gerade um Blutvergießen und Überhaupt einen Kampf zu vermeiden, abgesehen, mit sofort zur Verfügung stehenden schwächeren Kräften noch am Montag früh vorzugehen und statt dessen mit einer größeren Truppenmacht einzurücken und damit die Gewähr für eine unblutige Regelung der Unordnung zu bieten. Mittwochs früh sind nun Abteilungen der Landesbehördenpolizei und der Reichswehr in Zittau eingerückt und haben, ohne daß irgend ein Widerstand versucht worden wäre, die Stadt und das Kraftwerk in ihre Gewalt besetzt. Organe der U. G. P. haben auch die Terroristen des Plötzener Ausschusses, soweit sie nicht die Vorläufigkeit als besseren Teil der Tapferkeit gewährt und ihre verurteilten Arbeitermassen feige im Stich gelassen hatten, hinter Schloß und Riegel gesetzt. Die von den Terroristen nach Pirna, dem Pleißenschloß und anderen Zentralen der Abteilungen entfalteten Kuriers waren dort auf den Widerstand der Arbeiterschaft gestoßen. Die einschüchternden Arbeiter aber wissen erstens, daß die Wirtschaft der Arbeiter in der Wirtschaftslage liegt, daß die ökonomische Lage und wirtschaftliche Verhältnisse nicht durch irrsinnige Putzschändern lassen, wissen, daß man die Lage der Arbeiterschaft nicht dadurch bessert, daß man im äußersten Mangel des Landes einer Handvoll Unvollständiger und Leichtfertiger Gelegenheit gibt, mit der Gewalt zu spielen. Diese Kuriers haben deshalb weder die erbetenen Waffen erhalten. In Zittau und Umgebung aber hat die Arbeiter- und Bürgerschaft den durch diese Terroristen ausgeübten Schaden zu tragen. Erfreulich ist nur, daß sie zugleich auch erkannt hat, daß die Regierung die Möglichkeit und die Macht hat, der verbrecherischen Gewalt einer Minderheit jederzeit entgegenzutreten.

Mit Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände ist das Ziel der Regierung erreicht. Soweit der Zivilkommissar Anlaß zum Verhandeln vorfinden sollte, wird er verhandeln nur mit den zuständigen Behörden und den beruflichen Organisationen der Arbeiterschaft. Die Aufhebung des Belagerungszustandes zum mindesten für den Bezirk Zittau, dessen Bevölkerung sich durch die Terroristen trotz deren Bemühungen nicht hat aus der Ruhe bringen lassen. Ist nur noch eine Frage der nächsten Stunden. Der Bevölkerung aber von Zittau und der Oberlausitz, soweit sie sich dem bolschewistischen und wirtschaftsschädlichen Treiben der unabhängigen, partakistischen Schändlinge ferngehalten oder entgegengetreten hat, gebührt der Dank der Regierung und des ganzen Landes.

## Die Abstimmungsgegenstände.

Bei der gestern früh in allen Betrieben des Zittauer Bezirks stattgefundenen Abstimmung wurden bis 1 Uhr nachmittags 5854 Stimmen für und 7697 Stimmen gegen den Streik abgegeben. Nach dem Gesamtergebnis müßte die Arbeit heute früh wieder aufgenommen werden. Da jedoch die Zittauer Arbeiterschaft überwiegend für den Streik stimmte, ist dies fraglich. Die organisierte Arbeiterschaft will erst die Nachmittagsverhandlungen abwarten, in denen folgende vier Forderungen gestellt werden sollen: 1. Alle Verhafteten freizulassen; 2. die Reichswehr heute abend von Zittau abzuziehen; 3. die Sicherheitswehr in die Kasernen zurückzuführen; 4. den Belagerungszustand aufzuheben. Sollte keine Einigung erzielt werden, so will man den Generalstreik fortsetzen.

Der Hauptredakteur der Zittauer Unruhen, der Müller Jordan, ist gebürtiger Sachse und wohnt in Oberlungwitz. Er ist dort wegen seiner Gewalttätigkeiten und Waffendrohungen bekannt. Er gehört der U. G. P. an und bezeichnet sich selbst als Mann der Tat, der die Revolutionierung der Massen, die Verschärfung der Kampfmittel und Abschaffung der konterrevolutionären Gewerkschaften als Ziel der deutschen Arbeiterschaft leidenschaftlich predigt. Karl Jordan ist Kellner und Bergarbeiter von Beruf.

## Fortdauer des russischen Vormarsches.

Das Echo de Paris meldet: Die bolschewistische Nordarmee, die Mlawa erreichte, setzte ihren Vormarsch gegen die Weichsellinie fort. Die polnische Heeresleitung hat das gesamte Weichselgebiet als Kriegsgefahrzone erklärt. Daily Mail berichtet aus Warschau: Die Vorkämpfer der roten Armee stehen noch knapp 45 Kilometer von den Außenforts der Festung Warschau entfernt. Am Sonntag sind zum erstenmal russische Flieger über dem Festungsbereich erschienen, ohne jedoch Bomben abzuwerfen. Die Festungsbatterien traten in Tätigkeit. Eine offizielle Mitteilung des Landesverteidigungsrates in Warschau gibt zu, daß die erste polnische Armee nahezu aufgerieben wurde. Die polnischen Verluste werden auf 12000 Tote, Verwundete und Gefangene beziffert. Schwere Verluste hat auch die vierte polnische Armee erlitten, die nahezu die Hälfte ihres Bestandes eingebüßt hat.

## Die Mobilisierungen in Polen.

Der Warschauer Kurier meldet: Ein Erlass des Landesverteidigungsamtes ruft die 36 bis 45 Jahre alten Männer unter die Waffen. Proklamationen in Warschau und Krakau lassen erkennen, daß die polnische Regierung den letzten Mann im Verteidigungskampf um die Existenz des polnischen Reiches aufbietet.

## Das Rundgehehen des polnischen Revolutionskomitees.

Nach der Einnahme von Białyсток durch die Bolschewisten hat das vorläufige polnische Revolutionskomitee eine Bekanntmachung erlassen, in der erklärt wird: Die rote Armee und die Sowjetbänder müßten nach Polen kommen, nicht in der Absicht, die Freiheit zu verlegen, sondern um Frieden und Bollendauernden Frieden und Ruhe zu verschaffen. Ein dauernder Frieden kann nur zwischen den sozialistischen Arbeiterkräften Russlands und Polens geschlossen werden.

## Die französische Truppenhilfe.

Die Luxemburger Volkszeitung meldet, daß das in Luxemburg garnisonierende französische Jägerbataillon Befehl erhalten habe, sich zum Abtransport nach Polen bereit zu machen.

## Sperrung der deutschen Grenze.

Außer den 2000 Mann, die vor einigen Tagen auf preussisches Gebiet übertraten, sind keine weiteren polnischen Truppen übergetreten. Dagegen sind aus Warschau 2000 Flüchtlinge eingetroffen, die insofern eine besondere Gefahr bilden, als sie durchweg ruhrversteuert sind. Infolgedessen ist Anordnung getroffen worden, daß die deutsche Grenze bei Kreuzburg gesperrt wird. Reichswehr befindet sich nicht im ostpreussischen Gebiet. Die alliierten Truppen sind sämtlich in Allenstein konzentriert. Zur Befestigung der in Ostpreußen zum Schutze der Grenze zusammengezogenen Truppen wird Reichswehrminister Gessler in Ostpreußen eintreffen. Der italienische Gesandte in Berlin hat an das Auswärtige Amt das Ersuchen gerichtet, Vorkehrungen zu treffen, daß die italienischen Truppen am 9. August von Marient-

werder und Allenstein zur Aufgabe und abtransportiert werden können.

Die Neutralität des Tschechoslowakei. Die Meldung einer Wiener Zeitung, die Entente erwäge, die Hilfe der Tschechoslowakei gegen Sowjetrußland in Anspruch zu nehmen, hat in der Bremer Presse eine scharfe Abweisung gefunden. Das nationalsozialistische Blatt Tschechoslowakei, das dem Außenminister Dr. Beneš nahesteht, schreibt: Wir bestehen auf der völligen Neutralität im russisch-polnischen Konflikt. In einer antirussischen Politik wird die Nation niemals ihre Einwilligung geben.

## Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat unter Leitung des Ministers Dr. Herms in Gegenwart des preussischen Staatskommissars für Ernährung eine Besprechung mit den Ernährungsministern von Bayern, Württemberg und Hessen stattgefunden, die sich auf alle wichtigen Fragen auf dem Gebiete der Ernährung bezog. Die eingehende Verhandlung ergab den einheitlichen Willen, den Abbau der Zwangswirtschaft gemeinsam durchzuführen. Einleitend des Brotgetreides herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß die stärkste Bewirtschaftung und schärfste Erfassung durchgeführt werden müsse und daß hierbei keinerlei Änderungen eintreten dürfen. Die baldigste Schaffung ausreichender Getreidereferenzen ist eine der wichtigsten Aufgaben. Auch bei Milch, Butter und Futtermitteln sollen keinerlei Änderungen eintreten. Ueber die Bewirtschaftung oder Freigabe der Kartoffeln in soll ein Beschluß in der ersten Augusthälfte gefaßt werden. Falls sich befriedigende Ernten erwarten lassen, wird die Freigabe als die zweckdienlichste Lösung bezeichnet. Die Fleischbewirtschaftung soll im Herbst ihr Ende finden. Mit allem Nachdruck ist die Einfuhr und wenn möglich die Verbilgung von Futtermitteln zu betreiben. Die Einfuhr von Mais ist sofort freizugeben. Die Fleischkarte soll sofort aufgehoben werden und durch die Kundenliste ersetzt werden. Bei den Schlachtviehpreisen wurde eine Ermäßigung von durchschnittlich 40 Mark für den Zentner Lebendgewicht unter Einführung einer neuen Klasse D für geringwertiges Vieh mit einem Preisfuß von 180 Mark gefordert. Die Freigabe der Margarine wurde gutgeheißen. Die Bewirtschaftung des Inlandsmalzes soll mit der Freigabe des Fleisches aufhören. Die Baderbewirtschaftung soll in ihren Grundzügen aufrechterhalten, die Preise möglichst niedrig bemessen werden. Die Einfuhr von nichtbewirtschafteten Nahrungsmitteln, z. B. Salzheringen usw., wird möglichst sofort freizugeben. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß im neuen Wirtschaftsjahre wenigstens eine Stabilisierung der Längemittelpreise erreicht wird, ohne eine Senkung der Längemittelpreise aus dem Auge zu verlieren. Von den Kriegsgesellschaften sollen diejenigen weiter bestehen bleiben, welche die Bewirtschaftung der wichtigsten Getreidearten ausüben.

## Der Steuerabzug.

Mit dem 1. August ist das neue Gesetz über den Lohnabzug in Kraft getreten. Auch die vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind heute erlassen worden. Nach den neuen Bestimmungen gilt nun folgendes:

1. Zum Barlohn ist hinzuzurechnen der Wert der Naturalbezüge, z. B. Kost und Wohnung. Die Höhe dieses Wertes wird durch die einzelnen Landesfinanzämter festgestellt und seinerzeit bekanntgegeben werden. Bis zu dieser Regelung sind die Naturalbezüge einzulegen mit dem Werte, der sich aus den Lohnvereinbarungen ergibt. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, sind die vom Versicherungsamt festgesetzten örtlichen Werte maßgebend. Jedoch ist bis zur Festsetzung durch das Landesfinanzamt als Wert von Natural- und Sachbezügen kein höherer Betrag als 5 Mark für den Tag, 30 Mark für die Woche und 125 Mark für den Monat anzunehmen. Als Arbeitslohn gelten ohne Gehälter, Besoldungen, Tantiemen, Gratifikationen oder sonstige für Arbeitsleistungen gewährte Bezüge, sowie Barlohn, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit.
2. Die Beiträge für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angehörigen-, Invaliden- und Erwerbslosen-Unterstützungskassen, sowie für Witwen-, Waisen- und Pensionenkassen und Beiträge zu öffentlichen Berufs- und Wirtschaftsbereitungen können vom Arbeitslohn abgezogen werden, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet werden.
3. Bei Arbeitnehmern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohn nicht statt.
4. Der Steuerabzug wird nicht mehr vom ungefährtigen Tage, Wochen- oder Monatslohn vorgenommen. Es bleiben vielmehr gewisse Teile des Lohnes vom Steuerabzuge frei. Diese Teile sind so berechnet, daß die sozialen Ermäßigungen des Einkom-

loger viele  
batesbrauch  
Bücher  
Ursache für  
und in Kraft  
viele Kau-  
sch auf die  
den müssen.  
der Tabak-  
tionen Pfand  
der Verkauf  
nach Bismar-  
arsenhandler  
ie sich früher  
mit einer  
Garren wer-  
  
entdeckt hat  
in derselben  
den und Ge-  
schichtlichen  
e se da zu  
Rosa  
und auf Ge-  
schäft ausüben.  
anderen Wirt-  
sehr schnell.  
in in einer  
Flora zu  
eren Blüten  
e kurze Zeit  
n vertragen  
ommen, daß  
Basse gestellt  
aren. Die  
nach Tagen  
ets darauf  
bringt.  
  
Eichert  
Bauten  
arbeiten  
  
ag, den 8.  
Roth Nr.  
Belpitz.  
Roth ent-  
  
zu Aue  
  
stfischchen  
  
rf  
ation. |  
lema.  
  
te  
n,  
15,  
e  
ung.  
rlage  
t. d. Bl.  
ertina  
ge u. Dur  
ten.  
Tageblatt.  
lebhaft  
in jed. Höhe.  
l. Chemnitz,  
19. Tel. 5024  
  
er-  
Diebstahl,  
Unfall,  
Verkehr  
träge dem.  
Eibisch  
Innsbr. 35.  
chen  
Strens  
erel  
eblatt.